

INTERVIEW

Der Systemschaden

Die Präsidenten von Gemeindeverband und Arbeiterkammer Tirol, Ernst Schöpf und Erwin Zangerl, analysieren den Zustand ihrer Partei, die Möglichkeit einer Wende und sagen, warum die ÖVP sich 2013 in der Opposition wiederfinden könnte.



Präsident Erwin Zangerl (li.), Präsident Ernst Schöpf: „Sind keine Gegner der Bauern“

ECHO: Bauernbundobmann Anton Steixner kündigte Ende September 2012 seinen Rückzug aus der Politik an. Wie nahmen Sie diese Botschaft wahr?

Ernst Schöpf: Steixners Zukunft hatte ja schon länger für Spekulationen gesorgt. Ich sagte immer, ich glaube es erst, wenn ich es wirklich sehe. Jetzt hat er diesen Schritt bekanntgegeben und er wird sich dabei etwas gedacht haben. Ansonsten ist es nicht mein Job, das zu bewerten.

Erwin Zangerl: Steixner dürfte erkannt haben, dass die verhärteten Fronten und die teilweise starren Strukturen zu einem Großteil auf seine Arbeit zurückzuführen sind. Wir hoffen jetzt natürlich, dass nun wieder über bestimmte Dinge geredet werden kann. Vor allem über das Fördersystem. Um das noch einmal festzuhalten: Wir sind keine Gegner der Bauern, sondern sehen, dass in vielen Bereichen geholfen werden muss. Nur das System, das hauptsächlich in Tirol errichtet

wurde, bedient ausgerechnet jene, die es am wenigsten brauchen und vernachlässigt die, die wirklich Hilfe benötigen. Das System, für das Steixner steht, ist aber darauf ausgerichtet, dass die großen Bauern immer größer werden und die kleinen Landwirte, die wirklich Berufung in ihrem Beruf sehen, diesen kaum bewältigen können. Daran muss sich etwas verändern und ich hoffe, dass diese Diskussion nun zumindest beginnen kann.

ECHO: Wer kommt nach Steixner?

Schöpf: Die Namen, die genannt werden, sind kein Geheimnis – man spricht von VP-Klubobmann Josef Geisler und Kammerpräsident Josef Hechenberger. Sonst habe ich da noch nichts gehört. Um aber an Präsident Zangerl anzuknüpfen: Wir beide werden gern als Bauernhasser dargestellt und das scheint allein deswegen zu sein, weil wir auf Umstände hinweisen, die durchaus zu hinterfragen sind. Ich bin da ganz bei Zangerl – die Bauern sind auch den Gemeinden ein Anliegen. Es ist etwa bis heute so, dass ohne Verpflichtung in Gemeinden Bewirtschaftungsprämien ausgeschüttet werden, weil man die Landschaftspflege würdigt, und dass zum Beispiel Erschließungsbeiträge für landwirtschaftliche Baumaßnahmen refundiert werden, ist ebenso Fakt, wie es bekannt ist, dass große Geldmengen nicht bei den Bergbauern, sondern anderswo landen. Wer immer hier nachfolgt und sich darauf fokussiert, wird die Mehrheit der Menschen hinter sich haben, keine Frage.

ECHO: Eine AK-Studie spricht davon, dass jene Bauern, die die Förderungen am notwendigsten hätten, das kleinste Stück des Kuchens bekommen ...

Zangerl: Das ist die Dramatik. Diese ganzen Verbände und Organisationen, die hier eingerichtet wurden, sind hauptsächlich auf Machterhalt und Geldbeschaffung ausgerichtet. Die stellen das größte Problem im Bereich der Bauern dar. Es kommt sehr viel Geld von oben, doch ich habe nicht den Eindruck, dass das bis nach unten reicht. Das wird irgendwo zwischendrin für alle möglichen Dinge verwendet. Darüber zu reden, muss auch im Interesse der Bauern liegen. Würden sie dieses Geld bekommen, würde ihre Situation unter Umständen anders aussehen. Derartige Organisationen gehören hinterfragt und auch die ganzen Vermarktungsstrukturen müssen im Hinblick auf ihre Effektivität beurteilt werden. Es ist zwar toll, wenn da Fördermittel und Steuergeld reingehen und jeden Tag ein Werbespot gemacht wird, aber die Frage ist, ob der Bauer dadurch wirklich einen besseren Umsatz hat oder alles

nur dazu dient, eine bestimmte Organisation glänzen zu lassen.

ECHO: Nützt Steixners Rückzug der ÖVP oder schadet das der Partei?

Zangerl: Wenn jetzt in Tirol eine Bauernbefreiung einsetzt, dann nützt es.

Schöpf: Natürlich war der Bauernbund, was die Mobilisierung angeht, immer schon Spitze. Man konnte aber auch beobachten, dass Absetzbewegungen im Gange waren. Die Wahl 2008 und speziell das Ergebnis der Liste Fritz Dinkhauser war in hohem Maße ein Denkmittel für die klassische ÖVP und sie war festgemacht an zwei Namen: Steixner, aber auch Herwig van Staa. Da sagten auch stramme ÖVPLer, aufgrund dieser Namen tu ich diesmal anders. Insofern muss es nicht zwangsläufig ein Schaden sein. Außerdem war ich immer schon der Auffassung, dass es der Gesamt-ÖVP nie schlecht getan hätte, sich etwas mehr vom Bauernbund zu emanzipieren. Doch offenbar herrscht die Meinung vor, dass der Bauernbund als Lokomotive schlechthin nicht verprellt werden darf.

ECHO: Landeshauptmann Platter hat bei den bauernbündischen Sommergespräch in Imst betont, dass eine Rückübertragung des Gemeindeguts von den Agrargemeinschaften zu den Gemeinden ausgeschlossen sei. Platter ist nicht Bauernbundobmann, sondern VP-Obmann. Wie ist diese Aussage zu werten?

Schöpf: Was Platter da in Imst sagte, hat die Gemeindevertreter schon getroffen. Wenn man sagt, die Gemeinden könnten die Rückübertragung vergessen, heißt das für mich: Man will es nicht. Ich habe ja noch nie gehört, warum es nicht wirklich gehen könnte, und zu sagen, die Rückübertragung sei unmöglich, ist für einen Tiroler schwer nachvollziehbar. Es muss möglich sein, dass das zurückgegeben wird, was einem nicht gehört. Oder müssen wir die Bibel auch noch umschreiben? Und zu meinen, die Gemeinden könnten sich abschminken, das Gemeindegut selber zu verwalten, ist vor dem Hintergrund der täglichen Erlebnisse in diesem Zusammenhang auch keine Aussage, die kommunal Denkende und den Kommunen Verpflichtete freut. Was wir da alles erleben, ist inzwischen schon eine kleine Folterkammer. Die Bauern jenseits der Funktionärsbauern und störrischen Agrarier verstehen ihre Welt auch schon lange nicht mehr.

Zangerl: Ich glaube, das Thema Agrargemeinschaften schadet den Bauern extrem. Es ist dramatisch, dass man da wegen ein paar Hardlinern der Bauernschaft als Gesamtes

einen Schaden zufügt, der mit der schönsten Werbung nicht mehr gutzumachen ist. Hier muss eine Entscheidung her – nicht nur im Interesse der betroffenen Gemeinden, sondern auch der vielen Bauern, die die Welt nicht mehr verstehen. Die Landespolitik muss hier einen Schlusstrich ziehen. Das alles ist schon lange nicht mehr argumentierbar und die Tragik dieser ganzen Geschichte wird langfristig einen immensen Schaden verursachen.

Schöpf: Der überwiegende Teil der Tiroler Bauern hat nachvollziehbar und begründet andere Sorgen, als den Rechtsstaat zu negieren, um nicht zu sagen, ihn vorführen zu wollen. Das ist nicht deren Wunsch und das sehen sie auch nicht als ihre Aufgabe. Doch diese Bauern geraten zunehmend in Misskredit, weil die differenzierte Darstellung zu wenig über die Rampe kommt. Wir reden von

das solle bereinigt werden, dann müssen sie es auch umsetzen. Dort wo Unrecht fortgeschrieben wird, ist etwas schief. Logisch. Auch jenseits der Bauern. Überall, wo Verteilungsgerechtigkeit eine Rolle spielt. Wir waren die Ersten, die eine Offenlegung der Förderungen wollten. Dies alles zu bereinigen ist möglich, nur braucht es den Willen, es zu tun. Und es braucht die Ehrlichkeit und Offenheit, dies anzugehen. In der Vergangenheit ist der Bauernbund derart massiv aufgetreten – hoffentlich in Zukunft nicht mehr –, dass Politiker teilweise vor schwierige Entscheidungen gestellt wurden. Jeder Landeshauptmann, und der jetzige im Speziellen, musste versuchen, einen teilweise unmöglichen Spagat zu machen. Als Landeshauptmann müsste ich mich aber auf die Seite der Mehrheit begeben. Im Grund genommen repräsentieren jedoch Präsident



„Müssen wir die Bibel auch noch umschreiben?“

Ernst Schöpf, Gemeindevorstandspräsident

einigen Unbelehrbaren und treffen eine ganze Berufsgruppe.

ECHO: In der vorigen ECHO-Ausgabe sagen die führenden Politiker der Tiroler SPÖ, der Grünen und des Bürgerforums, dass das Fass voll ist und Schluss sein müsse mit Machtmissbrauch, Seilschaften oder Transparenzlosigkeit. Geht in Tirol wirklich so viel schief?

Zangerl: Von der SPÖ bin ich ja schwer begeistert, weil sie das, was jetzt gesagt wird, schon seit Jahren umsetzen hätte können. Es wurde schließlich auch durch Mithilfe der SPÖ möglich, dass wir solche Zustände haben. Wenn sie aber alle der Ansicht sind,

Schöpf und ich die Mehrheit im Land und man sieht ja, wie damit umgegangen wird.

ECHO: Welche Schritte müsste die ÖVP setzen, um Gerechtigkeit, wie Sie sie verstehen, einzuführen?

Zangerl: Das ist ganz einfach. Sie muss Volkspartei werden. Nicht Lobby-Partei oder Vertreter von kleinen Gruppierungen mit finanziellen Interessen. Der Rücktritt Steixners ist ein guter Beginn. Man sollte wieder darüber nachdenken, dass in einer Demokratie das ganze Volk eine wichtige Rolle spielt.

ECHO: Ist das mit dem derzeitigen VP-Personal ad hoc überhaupt umsetzbar? →



und scheinbar ein hermetisch abgeschirmter Selbstverwaltungsbereich waren. Das hat immer schon funktioniert, wenn einige verkaufen wollten. Mit dem Regime, das wir im Grundverkehr jetzt wieder fortschreiben – mit dem Interessentenmodell und dem ganzen Fuhrwerk – übersieht die Volkspartei, dass sie 97 Prozent des Tiroler Volkes auch häkelt. Wenn Erwin Zangerl 1000 Quadratmeter Grund kaufen will, kommt eine Kommission und sagt „Moment, landwirtschaftlicher Töpel, unsere Tiroler Landwirtschaft ist in höchstem Maße gefährdet“. Dabei kann auch Zangerl drei Ziegen halten und oft sind genau jene im Sinne der Erhaltung des Tiroler Kulturraumes die wesentlich Eleganteren als die hochgradig Geförderten. Weil die es aus Freude machen. Ich weiß aus meiner Zeit als Abgeordneter, dass mich die Interventionen in diesem Bereich zehn Jahre lang begleitet haben. Da kamen Leute zu mir, die mir Fallbeispiele schilderten, die zeigen, wie verlogen das Ganze ist. Wenn so weitergemacht wird, darf man den Anspruch Volkspartei auf Dauer nicht erheben. Das nützt nichts.

Zangerl: Grundverkehr schützt nicht vor Ausländern, aber vor Arbeitnehmern. Warum soll sich ein Arbeitnehmer nicht auch ein Stück Feld kaufen können, wo er sein Obst und Gemüse anbauen kann? Das wäre doch auch ein Beitrag zur Versorgungssicherheit des Landes. Da wird aber alles unternommen, dass ja kein Quadratmeter auf diese Seite wechselt und das ist dramatisch. Ich hatte einmal eine Auseinandersetzung, bei der mein Gegenüber sagte, es genügt, wenn die Arbeitnehmer im Telefonbuch stehen und wir im Grundbuch. Das ist die Grundeinstellung. Es ist höchst an der Zeit, dafür zu sorgen, dass Menschen, die in Tirol leben und sich ein Stück Grünland oder Freiland kaufen wollen, dies ermöglicht wird. Das ist dann in guten Händen.

ECHO: Zusammenfassend fordern auch Sie Transparenz, Öffnung und gewissermaßen eine Wende. Wie müsste die aussehen?

Zangerl: Wir müssen Tirol auf Zukunftsfähigkeit ausrichten und wegkommen vom Diskussionsverbot über gewisse Dinge, wo verheimlicht und versteckt wird. In einer entwickelten Gesellschaft muss es möglich sein, die Dinge dann auch zum Besseren zu verändern. Wir müssen versuchen, die Ressourcen, die wir im Land haben, so zu gestalten, dass jeder einen Anteil davon hat. Da wird es größere geben und kleinere, doch zumindest müssen wir es angehen, das ist das Entscheidende. Die Leute verdienen

Schöpf: Ad hoc ist vielleicht schwierig und grundsätzlich darf man festhalten, dass Tirol kein total verlottertes Land ist. Aber es ist eine Entwicklungsgeschichte sichtbar geworden, mit der man sich schwer tut. Wenn ich Unrecht erkenne, und selbst wenn ich dafür lange gebraucht habe und Hinweise von ganz oben – sprich von den Höchstgerichten – erhalten habe, dann ist es schlicht unmöglich, in diesem Unrecht zu verharren. Wenn wir vier Jahre zurückdenken, haben wir alle noch die Sprüche nach dem Erkenntnis Mieders I im Ohr. „Auf Punkt und Beistrich und Umsetzung zu 100 Prozent“, hieß es. Die Bestandsaufnahme anno 2012 ist diesbezüglich eine recht ernüchternde. Da macht sich bei den Menschen das Gefühl breit, wenn sich selbst jene, die als Leuchttürme des Anständigen und Redlichen eingeschätzt werden müssten, so agieren, was kümmert mich dann noch Recht und Ordnung? Das halte ich für eine brandgefährliche Geschichte mit nachhaltigen Schäden für die Institution Landespolitik und auch die Landesverwaltung, weil man das Gefühl hat, dass darauf eigentlich kein Verlass mehr ist.

ECHO: Auch auf das Förderwesen scheint kein Verlass zu sein, ist es doch in Tirol extrem intransparent und wird in hohem Maß von der ÖVP zum Macherhalt genutzt ...

Schöpf: Beim Förderwesen und -unwesen hat sich das im Laufe der Geschichte entwickelt. Viele Dinge wurden unreflektiert fortgeschrieben und jetzt ist man an dem Punkt, ab dem Fragen erlaubt sein müssen. Selbst wenn man sagt, dass uns das Anliegen einer funktionierenden und florierenden Berglandwirt-

„Wenn man mich nach neuen Köpfen fragt, fällt mir im Moment keiner ein.“

Ernst Schöpf

schaft eint, muss man die Gnade haben und auch in der eigenen Klientel umverteilen. Ich hätte noch keinen Arbeitnehmer oder Wirtschaftstreibenden getroffen, der etwas dagegen hat, Landwirte in schwierigen Zonen zu unterstützen. Die Debatte zur Umverteilung muss geführt werden. Vor allem als Volkspartei erhebt man ja den Anspruch, alle zu vertreten. Man ist ja keine Interessensvertretung, wiewohl die Volkspartei sich leider immer noch in hohem Maße über die bündische Interessensvertretung definiert und es auch Politiker gibt, die den Sprung vom Interessensvertreter zu einem, der die Gesamtschau im Auge haben muss, nicht leicht schaffen.

ECHO: Aber von einem Ausgleich oder einem Konsens bei der Verteilungsfrage sind wir weit entfernt ...

Schöpf: Ja, von diesem Ausgleich sind wir ein ziemliches Stück entfernt. Ein Thema, das uns da in Permanenz begleitet, ist auch der Grundverkehr. Auf dem Altar des Verhindern-Wollens, dass Tirol ausverkauft wird, wird ein System vertreten, das schlicht und ergreifend Pharisäertum ist. Grunderwerb, Wohnungserwerb und Immobilienerwerb durch Nicht-Österreicher hat etwa in den 1970er und 1980er Jahren schon in großem Stile im Raum Seefeld oder Kitzbühel stattgefunden, als wir noch nicht bei der EU

immer weniger, die Perspektiven der jungen Menschen sind bei uns echt begrenzt. Damit bekommt man ganze Generationen, die uns irgendwann sagen, ihr könnt mich mal – brutal ausgedrückt. Wollen wir das? Wollen wir eine Gesellschaft, die kein Ziel mehr hat, in der es für Junge unmöglich ist, sich ein Haus zu bauen oder eine Wohnung zu kaufen? Das zu erkennen wäre die ÖVP eigentlich die richtige Partei. Sie sagt ja immer, dass Eigentum und Vermögen ihr Thema ist. Aber dann kann ich nicht plötzlich Eigentum und Vermögen schützen und nicht dafür Sorge tragen, dass auch Leute nachkommen, die sich Eigentum schaffen.

Schöpf: Das ist ein entscheidender Punkt. Die Chance wahrnehmen können, sesshaft zu werden. Wer Wurzeln geschlagen hat, rennt nicht bei einem Windwechsel gleich davon. Zum Teil haben wir Entwicklungen im Gange, die das massiv verhindern. Wir haben da unverändert einen elitären Kreis, der als Käufer überhaupt in Frage kommt. Das sind alles Skurrilitäten, die nicht ins 21. Jahrhundert passen.

ECHO: Auch in der ÖVP gibt es progressive Kräfte und jene, die den Machterhalt vertreten. Wo soll da der Konsens entstehen?

Zangerl: Wenn die ÖVP irgendwann zu einer Mini-Partei verkommen will, dann müssen die konservierenden Kräfte weiter unterstützt werden. Wenn ich heute Wählervertreibungsprogramme auflege, muss ich auch wissen, dass ich dann keine Wähler mehr habe. Die Linie derer, die jetzt in der ÖVP bestimmen, entscheidet auch über die Zukunft des Landes und der eigenen Partei.

Schöpf: Diese Entwicklungen sind ja schon im Kleineren in Innsbruck nachvollziehbar. Was 1994 mit der Gründung der Gruppierung „Für Innsbruck“ begonnen und seinen Höhepunkt heuer im Frühjahr darin erfahren hat, dass sich der Monolith ÖVP plötzlich auf der Oppositionsbank findet, ist eine Entwicklung, die in einem überschaubaren Zeitraum stattgefunden hat. Ich würde nicht ausschließen, dass sich so etwas nicht wiederholen könnte. Wilfried Haslauer sagte jüngst, dass die ÖVP auch schnell das Schicksal der italienischen Demokrazia Cristiana erleiden könnte. Diese Pferde wieder einzufangen, bräuchte Typen, die ich nirgends sehe.

ECHO: Wer in der ÖVP sollte das Rad von Stagnation und monolithischem Festhalten am Alten denn umdrehen?

Schöpf: Die Selbstreinigungskraft der aktuellen Truppe zeigt sich unter anderem in der Causa Prima Agrargemeinschaften. Ich mus-



„In Tirol ist alles auf eine Gesellschaft ausgerichtet, die es nicht mehr gibt.“

Erwin Zangerl

ste die Erfahrung machen, dass man da gegen Mauern rennt. Ich halte für erstaunlich, dass es in einer christlich-sozialen Partei nicht machbar ist, den Eigentumsbegriff so weit außer Streit zu stellen, um zu sagen: „Was mir nicht gehört, habe ich zurückzugeben.“ Auch dann, wenn ich mit einer Zeitverzögerung von 30 Jahren darauf aufmerksam gemacht werde. Wenn etwas offenkundig verfassungswidrig verschoben wurde, muss es möglich sein, es innerhalb des Verfassungsbogens wieder zurückzuführen. Das glaubt doch kein Mensch, dass das nicht gehen soll. Man will nicht. Dass es geht, ist nachgewiesen, ein einfaches Landesgesetz würde dafür genügen.

ECHO: Haben sich die Regierenden in Tirol derart von den Leuten entfernt?

Zangerl: Ich habe manchmal das Gefühl, sie werden schnell entfernt. Manchmal denke ich, wie es möglich ist, dass Leute, sobald sie in politische Funktionen kommen, plötzlich vergessen, wo sie herkommen. Sind das vielleicht nur Klone und die Echten sitzen im Keller? Vielleicht sollte man dort im Landhaus mal nachsehen. Irgendwas passiert da.

ECHO: Hat die Tiroler ÖVP ein personelles Problem, aus einem Pool mit kreativen Köpfen zu schöpfen, mit denen die Herausforderungen der Zukunft angegangen werden können?

Schöpf: Wenn man mich nach neuen Köpfen fragt, fällt mir im Moment keiner ein. Wenn man in die Reihen schaut, muss man sagen, dass es der Bauernbund ist, der mit seiner Landjugend und seinen anderen Organisationen noch so etwas wie eine Kadenschmiede betreibt. Ansonsten passiert in der Gesamtpartei denkbar nichts. Was nach dem Aderlass bei den Abgeordneten nachkommt, wird angesichts dieses Aspektes wohl auch zu hinterfragen sein.

Zangerl: Wir haben das Problem, dass in Tirol alles auf eine Gesellschaft ausgerichtet ist, die es nicht mehr gibt. Darum muss man schauen, wer was bekommt. Dass auch Jugendorganisationen anderer gesellschaftlicher Schichten und nicht nur die Landjugend gefördert werden, ist dringend erforderlich. Ansonsten tritt ein, dass irgendwann kein Nachwuchs mehr vorhanden ist.

ECHO: Wie hoch schätzen Sie die Ambitionen jener VP-Funktionäre, bei denen klar ist, dass sie 2013 nicht mehr dabei sein werden ein, für die Partei zu laufen?

Schöpf: Die Leidenschaft muss reduziert sein. Das Mobilisieren und Interesse an politischen Veranstaltungen ist kaum noch vorhanden. Es haut niemanden mehr vom Hocker, wenn ein Landesrat die Gemeinde besucht.

ECHO: Würde die Wählerverdrossenheit der ÖVP nützen?

Zangerl: Ich glaube nicht.

Schöpf: Wenn nur mehr die Hälfte zur Wahl geht, müssen generell die Alarmglocken schrillen, selbst wenn man noch profitiert, weil man mit wenigen Stimmen immer noch ein paar Mandate behält. →

Zangerl: Man muss die Dinge auseinanderhalten. Wenn die Wahlbeteiligung abnimmt, wird das System irgendwann in Frage stehen. Zur Wahl zu gehen, hat auch nichts mit Partei zu tun, sondern mit Demokratie. Die neuen Parteien scheinen mir allerdings auch nicht geeignet zu sein, den Zustand zu verbessern. Wenn Milliardäre auftreten und die goldene Regel propagieren, die lautet, wer's Gold hat, macht die Regeln, ist das auch bedenklich. Ich glaube nicht, dass wir in Österreich einen Berlusconi brauchen. Doch überall, wo du Platz lässt, wächst Neues. Das ist grundsätzlich nichts Schlechtes, sondern eine demokratische Entwicklung.

mer kommen aber zu 100 Prozent aus dem Landesbudget und das ist eine lupenreine Landesförderung.

Zangerl: Als wir forderten, dass auch Arbeitnehmer landwirtschaftlichen Grund kaufen dürfen, war die blitzartige Reaktion der Bauernfunktionäre: Ernteland in Bauernhand. Da sind sie flott. Und alles nur, weil vielleicht auch ein Arbeitnehmer Radieschen pflanzen will. Hätte die AK oder der Gemeindeverband diese Mittel zur Verfügung, dann könnten wir auch solche Landler aufführen. Der AK hat das Land noch nie eine Bezirksstelle gebaut. Den Bauern wurde aber um einige Millionen ein Kuhlaufstall in Imst ge-

verordnet, für die ich auch bin – doch dann fordere ich Regionalität für alle.

Schöpf: Es begreift doch auch kein Mensch, warum es im Landhaus eine eigene Abteilung für landwirtschaftliche Schulen gibt. Sie von einer Abteilung für alle Schulen behandeln zu lassen, will man nicht. Man will dann natürlich auch eine eigene Truppe, die Vermessungen im landwirtschaftlichen Bereich vornimmt und daneben haben wir in der Landesbaudirektion und in den Baubezirksämtern auch noch Vermesser. Die einen vermessen Güterwege, die anderen andere Wege. Das ist derweil noch unausrottbar. Ich erinnere mich, dass Ex-Landesamtsdirektor Hermann Arnold damals im Auftrag von Landeshauptmann Weingartner Überlegungen in diese Richtung angestellt hat. Der hat schon aufgelistet, wo man schlanker werden könnte und dabei nicht weniger effizient, aber das war nicht möglich.

Zangerl: Nachdem Landesrechnungshof-Direktor Mayramhof einmal die Bauern prüfte, war seine weitere Rechnungshof-Karriere damit beendet. Nur ein Beispiel, das zeigte, dass wir in Tirol auch von Amts wegen eine Parallelgesellschaft haben. Im Landhaus gibt es eine riesige Abteilung, die nur damit beschäftigt ist, Vorteile für ihre Klientel, die Bauern, zu suchen. Wenn du aber eine Abteilung für Arbeitnehmeranliegen finden willst, wirst du dich zu Tode suchen. Fünf Prozent der Bevölkerung haben schätzungsweise 500 Mitarbeiter. Und 90 Prozent haben null.

Schöpf: Abgesehen von den Agrarämtern im Landhaus muss die zu 100 Prozent mit Landesmitteln finanzierte Landwirtschaftskammer auch als verlängerter Arm dieser Interessenspolitik gesehen werden. Dort sitzen ja auch die Aushecker.

ECHO: Man sieht, dass viel Geld da wäre ...

Zangerl: Und wäre es gerecht verteilt, wäre alles in Ordnung. So lange es aber nicht gerecht verteilt wird, wird das auch künftig in Frage gestellt werden müssen. Das ist auch meine Aufgabe. Darum gibt es Interessensvertretungen und darum gibt es den Gemeindeverband, weil wir die Auswüchse jeden Tag vor Ort erleben.

Schöpf: Wir sind jeden Tag im Nahkampf. Wir kriegen die Auswirkungen der Beschlüsse hautnah mit und sind auch so selbstbewusst zu sagen, dass wir nicht bei allem mitmachen.

ECHO: Wie lautet Ihre Prognose für die Wahl 2013?

Zangerl: Es geht gut aus.

Schöpf: Es wird ein Ergebnis geben.

Interview: Alexandra Keller, Armin Muigg



„Hätte die AK oder der Gemeindeverband diese Mittel zur Verfügung, könnten wir auch solche Landler aufführen.“

Erwin Zangerl

ECHO: Wird die tägliche Politik ohne mehr Transparenz weiterhin funktionieren?

Schöpf: Nein. Diese Bestemmhaltungen, Zahlen zu verstecken, funktioniert nicht mehr, da man heute viel hinterfragen kann. Ich schaue mir jedes Jahr das Landesbudget an und muss in der Wirtschafts- und Landwirtschaftsförderung immer staunen, unter welchen Headlines da Geld verschoben wird. Da kann mir Kammerpräsident Hechenberger ruhig vorwerfen, dass die Gemeinden 90 Millionen aus dem Gemeindeausgleichsfonds bekommen – das ist unser eigenes Geld, nichts anderes. Ich habe ihm ohnehin geschrieben, dass es sich dabei um unser Geld handelt, das wir wieder zurückbekommen. Das ist keine Landesförderung. Personal- und Sachaufwand der Landwirtschaftskam-

baut. Das ist heftig. Mir wäre lieber gewesen, sie hätten auch einen Kindergarten gebaut.

ECHO: Aber Bauten wie das von Ihnen genannte Agrarzentrum West dienen doch der regionalen Förderung ...

Zangerl: Dieser Regionalitätsanspruch, der für ganz eigene Zwecke genutzt wird, regt mich besonders auf. Erstens muss er leistbar sein und zweitens wäre es auch Regionalität, wenn man Leute, die in Tirol aufgewachsen sind und hier ausgebildet wurden, einstellen würde. Auf der Straße sieht man Traktoren mit den Namen Deere und Ferguson. Ja, wo ist denn da die Regionalität? Wenn ich es mit der Regionalität ernst meine, muss ich einen Tiroler Traktor kaufen – da hängen ja auch Arbeitsplätze dran. Uns wird von oben herab, mit Steuergeld finanziert, Regionalität